

stellt, geheim gehalten. Der Beirat tagt nicht nur hinter verschlossener Tür, auch die Tagungsprotokolle sind vertraulich. Besetzt ist er von Architekten und Ingenieuren, die allesamt in Wien ihren beruflichen Mittelpunkt haben – was Kritiker daran zweifeln lässt, dass alle Experten ihre Urteile stets frei von wirtschaftlichem Sicherheitsdenken fällen können.

"Faktum ist, dass sich die Wiener Planungspolitik in den letzten 36 Jahren kaum einmal von den Empfehlungen ihres Beirats umstimmen hat lassen."

Wie sehr dagegen eine offene Diskussion von Architektur und Stadtentwicklung das öffentliche Bewusstsein – in Politik, Medien und Bevölkerung – schärfen und in letzter Konsequenz die Qualität des Geplanten und Gebauten anheben kann, zeigt die Stadt Salzburg. Ein Zentrum des Diskurses ist seit 1983 der Salzburger Gestaltungsbeirat, dem alle größeren Bauprojekte vor der behördlichen Genehmigung vorgelegt werden. Wesentlich für seine Wirksamkeit ist, dass seine Sitzungen frei zugänglich sind, dass er mit Experten besetzt ist, die in keinerlei wirtschaftlicher Verbindung mit Salzburg stehen – und sich die Politik verpflichtet, den Empfehlungen des Beirats zu folgen. Erst in einem einzigen Fall tat sie das nicht – und da hatte sie die Kronen Zeitung als offenbar übermächtigen Gegner.

Beschämend ist, wie weit die Demokratisierung der Planung in Regionen fortgeschritten ist, wo wir in unserer Voreingenommenheit niemals politische Best Practices vermuten würden, etwa in Südamerika. Im brasilianischen Porto Alegre beispielsweise etablierte die 1988 an die Macht gekommene Arbeiterpartei einen sogenannten Bürgerhaushalt. Darin wurden nicht nur alle Einnahmen und Ausgaben der Stadt offengelegt, sondern die direkte Beteiligung der Bevölkerung an der Budgetgestaltung und damit auch an der Stadtentwicklung ermöglicht. Die Bürger entscheiden seither selbst, welche Infrastrukturprojekte in ihren Stadtteilen realisiert und welche wieder verworfen werden. Inzwischen haben viele Stadtverwaltungen in Brasilien, aber auch manche europäische Kommunen dieses partizipative Modell übernommen – wenn auch oft in etwas zurückhaltenderen Varianten.

So rief Baden-Württembergs Landeshauptstadt nach dem Konflikt um das Bahnhofsgroßprojekt Stuttgart 21 und

mit politischer Unterstützung der neuen, grün-dominierten Landesregierung im Jahr 2011 einen Bürgerhaushalt ins Leben. Alle zwei Jahre kann nun jede Stuttgarterin und jeder Stuttgarter Vorschläge für Veränderungen und Verbesserungen in der Stadt einbringen, die fürs Internet aufbereitet und dort der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden. 2013 wurden 3.700 Ideen eingereicht und von 1,2 Millionen Unterstützungserklärungen bestärkt. Die 250 populärsten Ideen wurden von der Stadtregierung diskutiert – und 150 davon schließlich auch umgesetzt. Auf Platz 1 landete die Modernisierung eines städtischen Freibads, die ansonsten nicht in Angriff genommen worden wäre.

Dass das Planen und Bauen gemeinsam mit Bürgern in allen Bereichen Erfolge bringen kann, zeigt sich auch in der Architektur. Nachdem in Köln mehrere Baugruppenprojekte realisiert, also Häuser gemeinschaftlich von künftigen Nutzern und einem sie begleitenden Architektenteam entwickelt worden sind, hat die Stadt eine Ausnahmeregelung beschlossen: Baugruppenprojekte waren fortan von der ansonsten verpflichtenden Architekturbegutachtung im Zuge der Baugenehmigung befreit. Die Begründung: All diese Projekte sind von so hoher Qualität, dass eine Prüfung nach den herkömmlichen Kriterien schlicht keinen Sinn macht.

Sozialgerechte Bodennutzung

Demokratische Planung kann sich auf vielfältige Weise äußern. 1994 beschloss die Stadt München, dass es nicht gerecht oder eben nicht demokratisch sei, wenn private Projektentwickler von der öffentlichen Hand ein lukratives Baurecht sowie die komplette Infrastruktur zur maximalen Nutzung ihrer Liegenschaften erhalten, ohne dafür eine Gegenleistung für die Gesellschaft zu erbringen. Mit dem Modell der „Sozialgerechten Bodennutzung“ ver-

pflichtet die bayerische Landeshauptstadt seither die Antragsteller größerer Projekte, sich an den öffentlichen Folgekosten ihrer Bauvorhaben zu beteiligen beziehungsweise den sozialen Wohnbau in München zu fördern. Zumindest ein Drittel der durch die Planung erzielten Bodenwertsteigerung verbleibt als Investitionsanreiz beim Bauwerber. Bis zu zwei Drittel des Wertzuwachses gehen jedoch in Form von kostenlos abgetretenen Flächen oder aber finanziellen Leistungen an die Stadt, die diese Mittel nicht etwa zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet, sondern im Umfeld der Projekte reinvestiert – beispielsweise in Kindergärten, Schulen oder Parks.

Dass bürgerschaftliches Engagement nicht bloß toleriert, sondern tatsächlich wertgeschätzt wird, erfahren die Menschen in den Niederlanden. Dort gewährt die öffentliche Hand Bürgerinitiativen, die sich zum Teil auch gegen Projekte der Stadt- oder Regionalverwaltung formieren, finanzielle Unterstützung. Diese ist bei weitem nicht so hoch, als dass bereits jemand in Versuchung gekommen wäre, sich als „Profi-Bürger“ zu verdingen. Doch erspart es den Aktivisten, neben ihrer Zeit auch noch Geld etwa für Kopier- oder Portokosten aufwenden zu müssen – oder den Babysitter aus eigener Tasche zu bezahlen, wenn Eltern den Abend anstatt mit ihren Kindern wieder einmal mit Stadtentwicklung und Raumplanung verbringen.

INFO IM NETZ

ORTE – Architekturnetzwerk Niederösterreich widmete sein 5. Raumplanungssymposium dem Thema „Demokratie in der Planung? Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in der Orts- und Regionalentwicklung“, u.a. mit Best Practices aus Vorarlberg, Deutschland und der Schweiz.
Nachzulesen auf www.orte-noe.at/event.php?item=9231.



DER AUTOR

Dr. **Reinhard Seiß** ist Stadtplaner, Filmemacher und Fachpublizist in Wien und Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.